

5613 a

Beschluss des Kantonsrates zu den dringlichen Postulaten KR-Nr. 62/2019 betreffend «Klimanotstand» und KR-Nr. 63/2019 betreffend Der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus – für «eusi Zuekunft»

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 22. April 2020 und der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 1. September 2020,

beschliesst:

I. Das dringliche Postulat KR-Nr. 62/2019 betreffend «Klimanotstand» wird als erledigt abgeschrieben.

II. Das dringliche Postulat KR-Nr. 63/2019 betreffend der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus – für «eusi Zuekunft» wird als erledigt abgeschrieben.

III. Gestützt auf § 56 Abs. 2 des Kantonsratsgesetzes gibt der Kantonsrat die nachstehende abweichende Stellungnahme zum Postulat KR-Nr. 62/2019 ab.

IV. Gestützt auf § 56 Abs. 2 des Kantonsratsgesetzes gibt der Kantonsrat die nachstehende abweichende Stellungnahme zum Postulat KR-Nr. 63/2019 ab.

* Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt besteht aus folgenden Mitgliedern: Alex Gantner, Maur (Präsident); Ruth Ackermann, Zürich; Franziska Barmettler, Zürich; Markus Bärtschiger, Schlieren; Sandra Bossert, Wädenswil; Ann Barbara Franzen, Niederweningen; Felix Hoesch, Zürich; Thomas Honegger, Greifensee; Rosmarie Joss, Dietikon; Konrad Langhart, Stammheim; Christian Lucek, Dänikon; Florian Meier, Winterthur; Ulrich Pfister, Egg; Daniel Sommer, Affoltern a. A.; Thomas Wirth, Hombrechtikon; Sekretär: Daniel Bitterli (stellvertretend für Franziska Gasser).

V. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 1. September 2020

Im Namen der Kommission

Der Präsident:
Alex GantnerDer Sekretär:
Daniel Bitterli
i. V. Franziska Gasser

**Abweichende Stellungnahme zu den Postulaten KR-Nrn. 62/2019
und 63/2019**

Wir bedanken uns für die grundsätzliche Bereitschaft des Regierungsrates, die Anliegen der Postulantinnen und Postulanten zu unterstützen. Er anerkennt damit, dass die Überweisung der dringlichen Postulate KR-Nrn. 62/2019 und 63/2019 durch eine Ratsmehrheit berechtigte und notwendige Forderungen waren. Denn obwohl diese Klimanotstands-Ausrufung erklärermassen einen symbolischen Akt darstellte, haben sie die Dringlichkeit, jetzt konkrete Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes zu ergreifen, deutlich unterstrichen.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) anerkennt die vom Regierungsrat aufgeführten Massnahmen und die damit verbundenen Arbeiten zur Bekämpfung der Krise. Naturgemäss kann in einer Antwort auf ein Postulat – das sehr komplexe Fragen aufwirft – keine bis ins Detail gehende Abhandlung verlangt werden.

Trotzdem: Es werden in der Postulatsbeantwortung mehrheitlich nur alte und neue Massnahmen der Baudirektion beschrieben. Es werden nur wenige Massnahmen anderer Direktionen aufgezeigt. Die Klimakrise ist aber ein gesamtgesellschaftliches Problem (insbesondere würden wir ein aktiveres Engagement im Bereich Verkehr begrüssen). Der Regierungsrat hat nur ungenügend aufgezeigt, wie er künftig gedenkt, die Wirkung von allen Geschäften des Regierungsrates auf das Klima zu prüfen. Es wird nicht aufgezeigt, wie die angedachten Massnahmen beschleunigt werden können. Es wird nicht aufgezeigt, wo genau welche Ressourcen zur Bekämpfung der Krise gebraucht und allenfalls umgeschichtet werden. Das horizontale und vertikale Wirken des Regierungs-

rates bzw. der Verwaltung im interkantonalen und nationalen Kontext und in der Arbeit mit den Gemeinden wird im vorliegenden Bericht beschrieben, bleibt aber äusserst schwammig formuliert. Es wird aufgezeigt, wie mit Fachleuten und interessierten Laien zum Thema Klima kommuniziert wird bzw. wie diese informiert werden. Es wird aber nicht gezeigt, wie uninteressierte Laien mit den nötigen Informationen «versorgt» werden. Es wird nicht aufgezeigt, wie der Kanton mehr Einfluss nimmt bei der Förderung der Klimaverträglichkeit der kantonalen Finanzanlagen. Ebenso wird dies nicht aufgezeigt bei den Finanzanlagen bzw. den Investitionen der kantonalen, aber eigenständigen Organisationen BVK, ZKB usw. Hier wäre eine Übersicht zu den Engagements ebenfalls sinnvoll gewesen.

Die KEVU ist sich bewusst, dass im Moment diverse andere parlamentarische Vorstösse zur Beantwortung und/oder Umsetzung anstehen. Sie erwartet zu diesem Zeitpunkt bzw. in diesem Zusammenhang die Beantwortung der anstehenden Fragen im nötigen Detaillierungsgrad. Insbesondere ist bei der Festlegung von Paris-kompatiblen Klimaziele eine konstruktive Zusammenarbeit gefragt. Sie macht aber einmal mehr darauf aufmerksam, dass diese Fragen nun zügig, ohne weiteren Aufschub angegangen werden müssen.